

sueddeutsche.de

Ressort: Wissen

URL: /wissen/38/463644/text/

Datum und Zeit: 02.04.2009 - 11:34

01.04.2009 10:02 Uhr

Nahrungsmittelkrise**Die Erde wird knapp**

Experten sprechen von Neokolonialismus: Reiche Nationen sichern sich durch dubiose Methoden Ackerflächen in armen Ländern - mit unüberschaubaren sozialen und ökologischen Konsequenzen.

Von Petra Steinberger

Bekannt für seinen Reichtum ist der Sudan nicht gerade. Im Jahr 2007 verschifften die Vereinigten Staaten 283.000 Tonnen Hirse als Hilfsleistung in die Region Darfur. Im selben Jahr hat der Sudan nach UN-Angaben die gleiche Menge Getreide exportiert. 2008 sollen sudanesisische Firmen gar die doppelte Menge ins Ausland gebracht haben.

Der Sudan, sagt Kanro Oshidari, Direktor des World Food Program der Vereinten Nationen im Sudan, "könnte sich selbst versorgen. Er könnte die Kornkammer Afrikas sein". Aber der Sudan exportiert die Nahrungsmittel, die seine Bevölkerung gut brauchen könnte. Mehr noch: Das Regime in Khartoum verpachtet ganze Landstriche - vor allem an die reichen Wüstenstaaten des Nahen Ostens. Mehr als 10.000 Hektar gehören Saudi-Arabien. Die Vereinigten Arabischen Emirate verfügen sogar über 378.000 Hektar.

Laos, eines der ärmsten Länder der Erde, hat bereits zwei bis drei Millionen Hektar Land verpachtet, das sind an die 15 Prozent des Staatsgebietes - die Verträge laufen bis zu 70 Jahre. Im Süden haben sich Firmen aus Thailand, Vietnam und Malaysia eingekauft und Gummi-, Zuckerrohr- und Maniokplantagen angepflanzt; im Zentrum kultivieren japanische, indische und skandinavische Firmen Eukalyptus- und Akazienwälder für die Papierherstellung; im Norden bauen Chinesen Reis und Gummibäume an.

Die Pacht für einen Hektar liegt mit drei bis neun Dollar pro Jahr weit unter dem internationalen Marktwert. Dafür wurden Kleinbauern von ihren Feldern vertrieben. Deren Wut wächst. Immer wieder gehen Plantagen in Flammen auf. Die autokratische Regierung merkte schließlich, dass die Sache außer Kontrolle geriet und stoppte im vergangenen Mai die Vergabe größerer Anbauflächen. Das hinderte jedoch korrupte Staatsbeamte und Regionalbonzen nicht daran, die Praxis fortzuführen. Sie verpachten das Land weiterhin, sozusagen privat.

Und dann ist da natürlich Madagaskar, dessen politische Krise der letzten Monate zumindest zum Teil dadurch ausgelöst wurde, dass Daewoo, ein südkoreanischer Mischkonzern, die Hälfte der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche der Insel für mindestens 99 Jahre pachten wollte, um Weizen und Palmöl zu gewinnen.

Bis 2023 sollte Südkorea, heute der drittgrößte Weizenimporteur der Welt, somit von Importen aus den USA und Südamerika unabhängig werden. Selbst jetzt, nach dem Sturz von Präsident Ravalomanana und der Machtübernahme von Andry Rajoelina, der den Pachtvertrag erst einmal auf Eis legte, hofft Daewoo noch auf das Land, man habe schließlich bereits eine Menge Geld investiert.

Hinter dem Treiben steckt jedoch eine viel größere Sorge. "Halbleiter und Autoersatzteile", sagte Richard Shin, Leiter des Sechs-Milliarden-Dollar-Projekts von Madagaskar, vor ein paar Tagen, "können wir nicht essen."

Die existentielle Angst vor dem Hunger macht sich weltweit breit. Dürren, Überschwemmungen und Stürme geben ein Gefühl dafür, wie es zugehen könnte, wenn zehn Milliarden Menschen den Planeten teilen. Das beschleunigt eine noch junge Praxis, die der Chef der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen FAO, Jacques Diouf, als "eine Form des Neokolonialismus" bezeichnet hat: Fruchtbare Ackerland in den ärmsten Ländern der Erde wird zunehmend von reichen Konzernen oder Staaten übernommen - arme Nationen produzieren Nahrung für die reichen auf Kosten der eigenen Bevölkerung.

Hinter den neuen Pächtern dieser Landflächen stehen vor allem zwei Interessen - Versorgungssicherheit und Profit, heißt es in einer kürzlich erschienenen Untersuchung von Grain, einer internationalen Nichtregierungsorganisation, die sich für eine nachhaltige Landwirtschaft einsetzt.

Da sind, so Grain, die Staaten, die sich um die Nahrungssicherheit ihrer Bevölkerung sorgen und langfristig in Anbauflächen im Ausland investieren; vor allem die ölreichen, aber landarmen Golfstaaten wollen nicht mehr vom freien Markt abhängig sein, von Zwischenhändlern und extremen Preisschwankungen. Die großen Agrarkonzerne wiederum und in letzter Zeit auch private Investoren, Investmentfonds und Banken haben während der Finanzkrise in Anbauflächen investiert.



Unklar ist, ob die Kleinbauern in den ärmeren Ländern von der Landverpachtung profitieren.
(Foto: Reuters)

Bildergalerie Wassermangel



Um die eigene Nahrungssicherung geht es Staaten wie Saudi-Arabien, Japan, China, Indien, Libyen oder Ägypten. In dem Madagaskar-Deal von Daewoo etwa treffen sich die ersten beiden Interessen. Schon fürchten manche Koreaner mögliche Hungeraufstände, wie es sie in Mexiko und Thailand im Zuge der jüngsten Lebensmittelkrise bereits gab. Koreaner erinnern an jene Tage vor nicht einmal 50 Jahren, als sich viele von unreifer Gerste und Waldkräutern ernähren mussten, um zu überleben, wenn im späten Winter der Reis zu Ende ging.

Ähnliche Sorgen macht sich China. Die landwirtschaftlichen Nutzflächen des Landes verschwinden durch die rasante Industrialisierung, Umweltverschmutzung, Wassermangel und Verwüstung. Um den zunehmenden Nahrungsbedarf einer wachsenden Bevölkerung zu decken, muss das Land bereits Weizen importieren. Aber solche Importe können teuer werden, wenn sich Nahrungsmittel weltweit verknappen - was in absehbarer Zeit, auch durch den Klimawandel, passieren wird. Chinas Landwirtschaftsministerium ermutigt schon seit Jahren einheimische Agrarfirmen, im Ausland bebaubare Flächen aufzukaufen - und verhandelt auch mit interessierten Regierungen.

In Brasilien will man Land für den Anbau von Soja pachten; in Simbabwe hat sich der chinesische Staat 100.000 Hektar gesichert, um Mais anzupflanzen; die Stadt Chongqing in Sichuan verfügt über 5000 Hektar in Laos. Kamerun, Kasachstan, die Philippinen, Mexiko, Russland, Mosambik, Uganda, Tansania - die Liste der Länder, die Äcker an China verpachtet oder verkauft haben, ist lang.

Und bei weitem nicht immer sind es demokratisch legitimierte Regierungen, die das eigene Land preisgeben: Schon 2007 berichtete die Asia Times, dass chinesische Firmen im Norden von Birma sowohl mit der Armee des Militärregimes als auch mit den Rebellenmilizen kollaborieren, um die Bauern zum Vertragsanbau von neuen Reissorten für den Export nach China zu zwingen.

Noch mögen es Ausnahmen sein. Auch behaupten Befürworter dieser Entwicklung, alle Seiten würden davon profitieren. Die reichen Länder sicherten ihre Nahrung, die armen würden eine bessere Infrastruktur erhalten, technisches und wissenschaftliches Knowhow.

Kritiker halten dagegen, in vielen Fällen würden sich korrupte Regierungen und Regimes an solchen Verträgen schlicht bereichern, das eigene Volk habe meist wenig davon. Kleinbauern würden von ihrem Land vertrieben, um Platz zu machen für die neue industrielle Agrarwirtschaft. Wenn sie Glück haben, werden sie von den neuen Herren noch als Tagelöhner beschäftigt. Oft aber bringen die Konzerne ihre Arbeiter mit. Daewoo wollte Feldarbeiter aus Südafrika nach Madagaskar holen.

Vor allem China ist berüchtigt: In Mosambik sollen einmal an die 10.000 chinesischen Siedler die gepachteten Reisfelder bewirtschaften. Investoren haben wohl kaum Interesse an einer wirklich nachhaltigen Bewirtschaftung, fürchtet Grain, und nennt die Gefahr großflächiger Bodenerosion, Wasserverschmutzung und eines Rückgangs der Artenvielfalt, die riesige Monokulturen mit sich bringen. Man holt aus dem Boden, was man kann, und lässt das fremde Land ausgelaugt und verwüstet zurück.

Langfristig könnte eine solche Politik in soziale und ökologische Katastrophen führen. Menschen werden auf Dauer wohl kaum zusehen, wie die Erträge ihres eigenen Bodens außer Landes gebracht werden, während sie selbst Hunger leiden. Landlose Bauern werden demonstrieren. Wird das heimische Militär die fremden Investoren dann vor der eigenen Bevölkerung schützen? Oder werden die Pächter ihre Feldfrüchte mit Gewalt abtransportieren? "Land ist eine extrem heikle Sache", hat der Entwicklungsexperte Steve Wiggins vom britischen Thinktank Overseas Development Institute vor kurzem erklärt, "das kann fürchterlich schiefgehen, wenn man die Lektionen aus der Geschichte nicht gelernt hat."

Öl im Essen Energiebilanz: mangelhaft



(SZ vom 01.04.2009/beu)

[Artikel drucken](#) | [Fenster schließen](#)

Copyright © sueddeutsche.de GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH
 Artikel der Süddeutschen Zeitung lizenziert durch DIZ München GmbH. Weitere Lizenzierungen exklusiv über www.diz-muenchen.de